



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Josef Zellmeier, Holger Dremel, Thomas Huber, Kerstin Schreyer, Maximilian Bötl, Daniel Artmann, Konrad Baur, Barbara Becker, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Dr. Stefan Ebner, Thorsten Freudenberger, Martina Gießübel, Alfred Grob, Patrick Grossmann, Josef Heisl, Thomas Holz, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Björn Jungbauer, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Joachim Konrad, Harald Kühn, Stefan Meyer, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Jenny Schack, Andreas Schalk, Josef Schmid, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Werner Stieglitz, Martin Stock, Steffen Vogel, Peter Wachler, Kristan Freiherr von Waldenfels und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Felix Locke, Stefan Frühbeißer, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Investitionen für Sicherheit und Wohlstand

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass Deutschland vor historischen Herausforderungen steht. Mit Blick auf die wirtschaftliche Lage und die weltpolitischen Entwicklungen sind massive Investitionen in unser Land nötig, um weiterhin in Sicherheit und Wohlstand leben zu können.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Bundesrat einem schuldenbasierten Sondervermögen von 500 Mrd. Euro und einer Reform der Schuldenbremse zuzustimmen. Sie ermöglichen kräftige Investitionen in Infrastruktur, Wirtschaft und Klimaschutz. Auch die Bundeswehr sowie der Zivil- und Bevölkerungsschutz werden gestärkt.

Der Landtag stellt fest, dass es für die Rückzahlung der Schulden konkrete Pläne braucht. Auch ist jetzt der richtige Zeitpunkt, den Länderfinanzausgleich umzubauen, damit bayerisches Geld für bayerische Investitionen zur Verfügung steht.

Gleichzeitig stellt der Landtag fest, dass mehr Geld nicht alle Probleme in Deutschland löst. Daher braucht es auch zügige und effiziente Verfahren, den Abbau von Bürokratie sowie gezielte Einsparungen. Die Übertragung neuer Aufgaben auf die Kommunen ohne Gegenfinanzierung durch den Bund muss ein Ende haben. Ziel ist ein klar verantwortetes Konnexitätsprinzip zulasten des Bundeshaushalts.

Der Landtag unterstreicht, dass die zusätzlichen Mittel sorgsam und wohl überlegt investiert werden müssen. Sie sind nicht für staatliche Konsum- oder Transferleistungen gedacht, sondern mit Respekt vor Kindern und Enkeln zum langfristigen Wohle des Landes einzusetzen. Die einzelnen Investitionsbedarfe sind nicht jetzt, sondern in Abwägung der Bedarfe und Interessen des Freistaates Bayern im Rahmen der kommenden Doppelhaushalte festzulegen.

Der Landtag betont, dass der Freistaat Bayern für eine stabile Finanzpolitik steht und bundesweit Vorreiter für einen ausgeglichenen Haushalt ist. Es ist sein Selbstverständnis, die Nutzung der neu gewonnenen Spielräume verantwortungsvoll zu ermöglichen und dabei stets dem Prinzip der finanziellen Nachhaltigkeit treu zu bleiben mit dem Ziel, weiterhin ohne neue Schulden zu wirtschaften.